



TOP I Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik

Titel: TTIP bedroht unser Gesundheitswesen - Vorsicht ist besser als Nachsicht

EntschlieÙung

Auf Antrag von Dr. Peter Scholze, Prof. Dr. Dr. habil. Wulf Dietrich, Julian Veelken, Dr. Bernhard Winter, Prof. Dr. Matthias Richter-Turtur, Dr. Siegfried Rakette, Dr. Jörg Franke, Dr. Christoph Emminger, MD Dr. Karl Breu, Dr. Albert Joas, Dr. Dr. habil. Carola Wagner-Manslau, Dr. Wilhelm Wechsler und Dr. Veit Wambach (Drucksache I - 54) fasst der 119. Deutsche Ärztetag 2016 folgende EntschlieÙung:

Der 119. Deutsche Ärztetag 2016 fordert die Bundesärztekammer auf, die gemeinsame "Erklärung der Präsidenten und Vorsitzenden der Heilberufe von BÄK, KBV, BZÄK, ABDA und KZBV" zum Freihandelsabkommen Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) öffentlichkeitswirksam in die gesundheitspolitische Diskussion einzubringen. Sowohl die Ärzteschaft als auch gesundheitspolitische Mandatsträger und Gremien sollen nochmals über die Gefahren informiert werden, die mit dem geplanten Freihandelsabkommen TTIP unserem Gesundheitswesen drohen.

Die oben genannte gemeinsame Erklärung vom Mai 2015 ist mit dem Titel "Vielfalt des europäischen Gesundheitswesens und Freiberuflichkeit bewahren" überschrieben. Sie betont folgerichtig: "Patienteninteressen (gehen) vor Kapitalinteressen [...]"
Freihandelsabkommen dürfen den Patientenschutz nicht gefährden [...]
Freihandelsabkommen dürfen unsere Standards nicht senken [...] (wir müssen die) Teilnahme am medizinischen Fortschritt sicherstellen [...] (und) Gesundheitsschutz ist nicht verhandelbar." Diese Grundprinzipien einer patientenorientierten Medizin werden durch das geplante TTIP-Abkommen in Frage gestellt.

Sie müssen deshalb verstärkt Eingang in die öffentliche Diskussion finden.

Begründung:

Mit TTIP besteht die Gefahr, dass den Einzelinteressen wirtschaftlicher Akteure Vorrang eingeräumt wird und dafür bestehende medizinische Standards abgebaut oder unterhöhlt werden. Es besteht die Gefahr, dass das Niveau des Verbraucherschutzes gesenkt wird. Präventive Maßnahmen, etwa Verbote für die Bewerbung ungesunder Produkte, sollen behindert werden. Es besteht die Gefahr, dass das nur in Europa verankerte Vorsorgeprinzip durch das in den USA geltende Wissenschaftsprinzip mehr oder weniger verdrängt wird (damit Beweislastumkehr bei vermuteten Belastungen und Schädigungen

Angenommen: Abgelehnt: Vorstandsüberweisung: Entfallen: Zurückgezogen: Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0



für die menschliche Gesundheit). Es besteht die Gefahr weiterer (Teil-)Privatisierung und Kommerzialisierung im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge. Mit TTIP käme es zu einer erheblichen Verteuerung des Gesundheitswesens durch eine zeitliche Ausdehnung des Patentschutzes (was Medikamente verteuert) sowie eine stärkere Bevorzugung der für die Bevölkerung teureren privatwirtschaftlichen Versicherungssysteme. Es besteht die Gefahr, dass die Finanzierung von Solidarsystemen weiter zurückgefahren wird. Laut Verhandlungsmandat sollen alle Dienstleistungen, die nicht ausschließlich von hoheitlichen Stellen erbracht werden, auf das höchste Niveau liberalisiert werden, das die USA oder Europa in irgendwelchen Freihandelsverträgen bereits umgesetzt haben. Es besteht die Gefahr, dass mit TTIP die Pharmakonzerne wieder die Möglichkeit erhalten, durchgeführte Studien zu unterschlagen, wenn diese gegen ihre Medikamente sprechen. Die staatlichen Preiskontrollen der EU-Mitgliedstaaten werden als Handelshemmnis angesehen und sollen zurückgedrängt werden (explizit auch das Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes [AMNOG]).

Literatur:

1. "Vielfalt des europäischen Gesundheitswesens und Freiberuflichkeit bewahren", Erklärung der Präsidenten und Vorsitzenden der Heilberufe von BÄK, KBV, BZÄK, ABDA und KZBV (Mai 2015)
2. "Freihandelsabkommen TTIP - eine Gefahr für die Demokratie", Sebastian Botzem und Markus Wolf in: Impulse - der Wissenschaftsdialog, Universität Bremen (05.11.2015)
3. "ATTAC: Bedroht die geplante transatlantische Freihandelszone unsere Gesundheit?", Harald Klimenta in: Gesellschaft, Ökonomie, Politik (14.11.2014)